Aus der Arbeit des Gemeinderats
Sitzung vom 25.09.2023

1. Bericht Wirtschaftsförderung

Bürgermeister Faißt begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Paulus und Frau Form, welche sich beide die Stelle der Wirtschaftsförderung der Stadt Renningen teilen. Frau Paulus nimmt zudem die Aufgaben der Pressestelle der Stadt Renningen wahr, Frau Form betreut neben der Wirtschaftsförderung das Citymanagement.

Frau Paulus und Frau Form informierten den Gemeinderat über das breitgefächerte Aufgabenfeld und die aktuellen Herausforderungen der Wirtschaftsförderung und des Citymanagements (Vernetzungen voranbringen, Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, Konflikt Gewerbeflächen – Flächenversiegelung, Leerstandsmanagement, Klimaschutz).

Sie berichteten im Folgenden über die einzelnen Projekte und Aktionen der Wirtschaftsförderung/des Citymanagements in den zurückliegenden beiden Jahren: Neben regelmäßigen Aktionen (Betriebsbesuche, Betreuung des Leerstandsmanagements, Austausch mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises, regelmäßige Information der örtlichen Betriebe und Unternehmen durch den Newsletter „Renningen Mail“) führte die Wirtschaftsförderung 2022 und 2023 auch mehrere Projekte zur Förderung des Wirtschaftsstandorts Renningen durch (z.B. Wirtschaftsgespräch, Unternehmerfrühstück, Renninger Abendtour, Osteraktion, Nikolausaktion, Renninger Adventskalender). Weitere Tätigkeitsschwerpunkte waren die Organisation des Renninger Einkaufsbummels und des verkaufsoffenen Sonntags gemeinsam mit dem Gewerbe- und Handelsverein Renningen sowie die Organisation bei der kreisweiten Ausbildungsplatz-Börse interkom.

Für das kommende Jahr 2024 ist eine Fortführung dieser erfolgreichen Projekte geplant. Neu geplant sind für 2024 das Angebot eines After-Work-Events und eines Gastro-Hoppings.

Den ausführlichen Bericht der städtischen Wirtschaftsförderung finden Sie unter www.renningen.de/wirtschaft/wirtschaftsfoerderung zum Download.

Bürgermeister Faißt bedankte sich für den informativen Vortrag. Der Vortrag zeige, dass die Stadt Renningen im Bereich der Wirtschaftsförderung gut aufgestellt sei und trotz der coronabedingten Einschränkungen zahlreiche Maßnahmen und Projekte zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Renningen realisiert werden konnten.

Der Gemeinderat **nahm** von dem vorgestellten Bericht der Wirtschaftsförderung **Kenntnis**.

2. Aufhebung des Grundsatzbeschlusses vom 22.05.2023 zur Errichtung eines Gebäudes für Menschen mit Fluchterfahrung auf dem Grundstück Flst. Nr. 2088/1 (Krautgärten Merklinger Straße)

Zur Schaffung zusätzlicher Plätze für die Anschlussunterbringung von Menschen mit Fluchterfahrung hatte der Gemeinderat am 22.05.2023 den Grundsatzbeschluss gefasst, auf dem Grundstück Flst.Nr. 2088/1 (Krautgärten Merklinger Straße) ein Wohngebäude mit Platz für ca. 35 Menschen mit Fluchterfahrung mit der Option zur langfristigen Anschlussnutzung als bezahlbarer Mietwohnraum zu errichten. Die Verwaltung wurde beauftragt, die erforderlichen Planungen als Grundlage für das Baugesuch und den zu fassenden Baubeschluss auszuarbeiten.

Die Verwaltung stützte ihren Standortvorschlag nach Untersuchung alternativer Standorte auf verschiedene Anforderungs- und Abwägungskriterien:

- geeignete städtebauliche Lage für eine langfristige Wohnnutzung
- Grundstücksmindestgröße
- Einhaltung der Vorgaben der bau-, vergabe- und förderrechtlichen Verfahren
- sofortige Grundstücksverfügbarkeit (Eigentum Stadt + Baurecht)
- Erschließungsaufwand
- Belange des sozialen Wohnungsbaus durch sinnvolle Anschlussnutzung
- Belange der Gewerbeentwicklung
- Schutz der Quartiersfunktion von Spielplätzen

Die Verwaltung berichtete, wegen des Beschlusses hätten mehrere Bürgerinnen und Bürger den direkten Dialog durch persönliche Gespräche und Schriftverkehr mit der Stadtverwaltung gesucht. Des Weiteren seien der Stadtverwaltung zwei umfangreiche Unterschriftenlisten in Papier und in digitaler Form gegen den Beschluss vorgelegt worden.

Die Verwaltung sehe den Bürgerdialog als demokratisches Element – auch wenn er sich gegen einen Beschluss des Gemeinderats richtet - grundsätzlich positiv und als Chance, neue Aspekte aus Anwohnersicht in die Entscheidung einfließen zu lassen. Die Verwaltung habe deshalb die aus der Bürgerschaft eingegangenen Bedenken gegen den Standort sehr ernst genommen.

Zugleich wurde deutlich gemacht, dass der Vorschlag der Verwaltung zur Aufhebung des Grundsatzbeschlusses nicht in der hohen Zahl der Unterschriften begründet liege, denn vergleichbaren Widerstand hätte es wohl an jedem Standort in Wohnortnähe gegeben. Es zähle deshalb aus Sicht der Verwaltung nicht der grundsätzliche Protest, sondern alleine die vorgebrachten Argumente.

Vor der Erteilung des Planungsauftrags für das Baugesuch habe die untere Baurechtsbehörde der Stadtverwaltung die Rechtslage weiter vertieft untersucht und dabei auch die aus der Bürgerschaft vorgetragenen Bedenken gegen den Standort, sofern diese baurechtlich relevant waren, näher geprüft.

Die Verwaltung erläuterte im Folgenden die baurechtlichen Aspekte, die sich aus der Prüfung ergaben:

Bzgl. der bauplanungsrechtlichen Beurteilung des Standorts stützte sich die Verwaltung auf die vom Gesetzgeber befristet eingeführte Sonderregelung des § 246 (9) BauGB und die hierzu von der Fachkommission Städtebau der Bundesbauministerkonferenz am 13.05.2022 beschlossenen Anwendungs- und Auslegungshinweise. Demnach wird als vorübergehende Ausnahmeregelung grundsätzlich ermöglicht, auf Außenbereichsgrundstücken, die direkt an die bebaute Wohnlage anschließen und von mehreren Seiten von einer Bestandsbebauung umgrenzt werden, den Bau von Flüchtlingsunterkünften zuzulassen. Dies trifft auf den Standort Krautgärten zu, der von drei Seiten (Auenweg, Merklinger Straße, ehem. Kistenfabrik) mit einer Bestandsbebauung umgrenzt wird.

Die Auslegung der Vorschrift ist am konkreten Einzelfall zu prüfen. Rechtliche Kommentierungen auf der Grundlage höchstrichterlicher Rechtsprechung liegen dazu nicht vor, weil § 246 BauGB eine vergleichsweise junge Regelung ist. Die Stadt Renningen habe sich daher strikt an die Anwendungs- und Auslegungshinweise der Fachkommission Städtebau gehalten.

Am 18.07.2023 erklärte das Bundesverwaltungsgericht Leipzig den § 13b BauGB für nicht mit europäischem Recht vereinbar und damit für ungültig. Zur vereinfachten Schaffung von Wohnbauland ermöglichte der Gesetzgeber den Gemeinden mit dieser Vorschrift für einen befristeten Zeitraum auf Außenbereichsflächen, die sich an im Zusammenhang bebaute Ortsteile anschließen, Bauungspläne im vereinfachten Verfahren ohne Umweltprüfung aufzustellen. Mit seinem Urteil hob das BVerwG mit Bezug auf bestehende europarechtliche Regelungen die besondere Schutzbedürftigkeit des Außenbereichs hervor und stellte klar, dass auch dem Bundesgesetzgeber mit in diesem Zusammenhang getroffenen Ausnahmeregelungen gewisse rechtliche Schranken gesetzt sind.

Das Urteil des BVerwG sei zwar im vorliegenden Fall nicht anwendbar, da kein vereinfachtes Bebauungsplanverfahren, sondern eine Baugenehmigung als Einzelfallentscheidung vorgesehen ist. Grundsätzlich denkbar wäre aber, dass das Urteil dergestalt auf § 246 (9) BauGB ausstrahlen könnte, dass Standorte im Innenbereich wegen der besonderen Schutzwürdigkeit des Außenbereichs bei der Abwägung von Standortalternativen Vorrang haben könnten.

Die Verwaltung habe deshalb recherchiert, inwieweit es möglicherweise bereits Rechtsprechung zur § 246 (9) BauGB in erster Instanz gibt, die in diese Richtung weisen. Da sei man auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Ansbach (Bayern) gestoßen, das die Auslegungshinweise der Fachkommission Städtebau der Bundesbauministerkonferenz in einem ähnlichen Fall des § 246 (9) insoweit für nicht zutreffend erklärt hat, dass die Regelung nur für Flächen des „Außenbereichs im Innenbereich“, nicht dagegen für ein nicht allseits von Bebauung umgebenes Abrundungsgrundstück anwendbar sei.

Vor diesem Hintergrund sehe die Verwaltung inzwischen ein gewisses Prozessrisiko, welches schon aus Gründen des straffen Zeitplans zur Schaffung zusätzlicher AU-Plätze nicht eingegangen werden sollte. Dies sei jedoch nicht der Hauptgrund für den Vorschlag, den Grundsatzbeschluss aufzuheben. Hauptgrund sei vielmehr das rechtsstaatliche Grundverständnis der öffentlichen Verwaltung. Den rechtsstaatlichen Grundsätzen des Vorbehalts des Gesetzes und der Gesetzmäßigkeit der öffentlichen Verwaltung folgend sollte eine öffentliche Verwaltung in ihrem gesamten Handeln stets rechtssichere Wege gehen.

Dies könne im vorliegenden Fall beim Festhalten an dem Beschluss des Gemeinderats vom 22.05.2023 – auch in Ermangelung höchstrichterlicher Rechtsprechung zu § 246 (9) BauGB und dem aktuellen BVerwG-Urteil zu § 13b BauGB – aus Sicht der Verwaltung nicht mehr garantiert werden.

Die Verwaltung sehe den Standort Krautgärten Merklinger Straße zwar weiterhin als grundsätzlich geeignet an. Zur rechtssicheren Umsetzung eines Bauvorhabens wäre jedoch die Durchführung eines regulären Bebauungsplanverfahrens einschl. Änderung des Flächennutzungsplanes nötig. Hierzu fehle jedoch für die konkrete Aufgabenstellung, bis zum 3. Quartal 2025 zusätzliche AU-Plätze in einem dauerhaften Wohngebäude bezugsfertig herzustellen, schlicht die Zeit.

Die Verwaltung schlug deshalb vor, den Grundsatzbeschluss vom 22.05.2023 zur Errichtung einer dauerhaften Flüchtlingsunterkunft auf dem Grundstück Flst.Nr. 2088/1 aufzuheben. Sofern weiterhin am Standort Krautgärten Malmshelm mit dem Ziel der langfristigen Schaffung eines Gebiets für den sozialen Wohnungsbau festgehalten werden soll, so bleibe dies im Rahmen der Planungshoheit der Stadt Renningen jederzeit im Rahmen eines regulären Bebauungsplanverfahrens möglich. Allerdings gebe es für solche Nutzungen auch andere Flächen, die im Flächennutzungsplan bereits als Bauerwartungsland ausgewiesen seien. Deshalb würde es die Verwaltung für falsch halten, zum jetzigen Zeitpunkt eine Entscheidung über die bauliche Entwicklung der Krautgärten mittels Bebauungsplanverfahren zu treffen. Diese Grundsatzfrage sollte dann im Zuge des 2024/25 geplanten Rahmenplans Malmshelm mit untersucht, gegen Alternativen abgewogen und erneut beraten werden.

Für die Schaffung der erforderlichen rund 35 AU-Plätze zum 3. Quartal 2025 müsse die Verwaltung nun rasch eine neue Lösung finden und dem Gemeinderat einen neuen Vorschlag unterbreiten.

Abschließend zeigte die Verwaltung nochmals Verständnis für die Proteste aus der Bevölkerung, die sich aber eigentlich nicht gegen die Stadt, sondern an höhere Stellen richten müssten. Denn die Städte und Gemeinden stünden bei der Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung inzwischen mit dem Rücken zur Wand und fühlten sich von Bund und EU mit einer in dieser Art und Weise kaum mehr leistbaren Flüchtlingspolitik ein Stück weit alleine gelassen. Dies wurde bei den anschließenden Wortmeldungen der Gemeinderatsfraktionen ebenfalls bekräftigt.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde **beantragt**, den Beschlussvorschlag um folgenden Satz zu ergänzen: „Bei der Suche nach geeigneten Grundstücken für bezahlbaren Wohnraum

für alle Bevölkerungsschichten wird der Bereich aber weiter einbezogen.“, um so eine größere Klarheit und Transparenz der Beschlusslage zu erreichen.

Dieser Antrag wurde bei 10 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Gemeinderat fasste im Folgenden einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Grundsatzbeschluss des Gemeinderats vom 22.05.2023 zum Bau eines Wohngebäudes für die Anschlussunterbringung von Menschen mit Fluchterfahrung auf dem Grundstück Flst.Nr. 2088/1 (Malmshiem, Krautgärten Merklinger Straße) wird aufgehoben.

3. Realschule – Sanierung und Erweiterung **- Vergabe Lüftung**

Der Ausschuss Planen Technik Bauen hatte sich mit diesem Beratungsgegenstand bereits vorbereitend am 11.09.2023 befasst (siehe hierzu den Bericht in den Stadtnachrichten KW. 37/Seite 7).

Der Gemeinderat fasste bei einer Gegenstimme folgenden **Beschluss**:

Die offen, im Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb ausgeschriebene Leistung für die Lüftungsarbeiten für die Sanierung und Erweiterung der Realschule wird an die Firma Visto GmbH & Co. KG, Mergenthalerstraße 11, 73760 Ostfildern zu einem Brutto-Preis in Höhe von 282.788,80 € vergeben.

4. Übertragung von Aufgaben an den städtischen Vollzugsdienst **Zuständigkeit Gemeinderat**

Bereits seit dem Jahr 1984 ist ein städtischer Vollzugsdienst (Abkürzung: GVD = gemeindlicher Vollzugsdienst) bei der Stadt Renningen eingerichtet. Hierzu wurde erstmalig im Januar 1984 eine Dienstanweisung mit einer entsprechenden Aufgabenübertragung durch den damaligen Bürgermeister erlassen. Im Februar 2023 wurde diese Dienstanweisung rechtlich auf den neuesten Stand gebracht.

Bei der Einrichtung des gemeindlichen Vollzugsdienstes handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe, keine Weisungsaufgabe. Demnach können die Kommunen gemeindliche Vollzugsbedienstete beschäftigen (Rechtsgrundlage: § 125 Polizeigesetz für Baden-Württemberg - PolG). Eine Aufgabenübertragung richtet sich nach § 31 der Durchführungsverordnung zum Polizeigesetz (DVO PolG). Die formale Aufgabenübertragung ist eine zwingend erforderliche rechtliche Grundlage für das Handeln des gemeindlichen Vollzugsdienstes.

Bisher war die herrschende Meinung, die Aufgabenübertragung sei Aufgabe des Bürgermeisters als Ortspolizeibehörde.

Aufgrund eines Urteils des Amtsgerichts Konstanz wurde diese Ansicht nun revidiert. Da Maßnahmen des GVD in Bußgeldverfahren oder gar Strafverfahren Maßnahmen nach sich ziehen, hat das Gericht nun die Auffassung vertreten, dass die Aufgabenübertragung an den GVD dem Gemeinderat nach § 24 Absatz 1 Satz 2 der Gemeindeordnung (GemO) obliegt. Im Hinblick auf die mit der Auslegung des Amtsgerichts Konstanz verbundene Rechtsunsicherheit hat der Städtetag Baden-Württemberg empfohlen, die Aufgabenübertragung durch den Gemeinderat beschließen zu lassen.

Aus den dargestellten Gründen schlug die Verwaltung vor, die Einrichtung des städtischen Vollzugsdienstes formal zu beschließen und die Dienstanweisung für den Vollzugsdienst ebenfalls zu verabschieden.

Der Gemeinderat fasste einstimmig folgenden **Beschluss**:

Dem nach § 125 PolG eingerichteten Städtischen Vollzugsdienst werden alle Aufgaben, die in der vorgestellten Dienstanweisung aufgeführt werden, übertragen.

5. Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

Die Stadt darf nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung zur Erfüllung ihrer Aufgaben Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung von Aufgaben beteiligen. Über die Annahme oder Vermittlung entscheidet der Gemeinderat. Gemäß den vom Gemeinderat am 31.07.2006 auf der Grundlage der Bestimmungen der Gemeindeordnung beschlossenen Richtlinien zur Annahme von Spenden informierte die Verwaltung den Gemeinderat über 14 im Zeitraum Ende März 2023 bis Ende Juli 2023 bei der Stadt Renningen eingegangene oder von der Stadt Renningen angeworbene Spenden.

Der Gemeinderat **erklärte** einstimmig **seine Zustimmung** zur Annahme der dargestellten Spenden.

Bürgermeister Wolfgang Faißt bedankte sich auch im Namen des Gemeinderates bei allen Spenderinnen und Spendern für ihre wichtigen und Beispiel gebenden Beiträge für das Gemeinwohl unserer Stadt.

6. Verschiedenes/Bekanntgaben

1. Bestätigung der Gesetzmäßigkeit von Satzungen

Bürgermeister Faißt gab bekannt, das Landratsamt Böblingen habe die Gesetzmäßigkeit der vom Gemeinderat

- am 17.07.2023 beschlossenen 3. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Schulkindbetreuung an der Friedrich-Silcher-Schule in Malmsheim und an der Friedrich-Schiller-Schule in Renningen
- am 17.07.2023 beschlossenen 3. Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzungen in der Kinderbetreuung (Kindertageseinrichtungen & Spielgruppe) bestätigt.

Der Gemeinderat nahm hiervon **Kenntnis**.

Bürgermeister Wolfgang Faißt bedankte sich bei den erschienenen Zuhörern und Pressevertretern für ihr Interesse und schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.